

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angela Schneider (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in Rheinland-Pfalz durch Kooperations-/Verbundmodelle

Die Kleine Anfrage 189 vom 12. August 1996 hat folgenden Wortlaut:

Das neue Ausbildungsjahr beginnt, und auch in Rheinland-Pfalz sind noch junge Leute ohne Arbeitsplatz. Die Gründe sind zum einen in der konjunkturellen Lage zu suchen, zum anderen fürchten immer mehr Betriebe Kosten und Aufwand für die Ausbildung von Lehrlingen.

Eine noch recht neue Möglichkeit, Ausbildungsplätze zu schaffen, bieten sogenannte Kooperationsmodelle zwischen verschiedenen Ausbildungsbetrieben. Die Kandidaten/Auszubildenden absolvieren ihre dreijährige Lehrzeit an wechselnden Einsatzstellen und durchlaufen so Verwaltungen, Betriebe, Eigenbetriebe etc. Durch die Rotation gewinnen sie ein breites Spektrum an Kenntnissen und Erfahrungen und damit auch größere Flexibilität für den späteren Berufsweg.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Ausbildungsverhältnisse sind zum 1. August 1996 nach dem Verbund-/Kooperationsmodell abgeschlossen worden?
2. Wie verteilen sich diese Ausbildungsverträge auf die einzelnen Kammerbezirke und Kammerzweige (kaufmännisch, gewerblich) in Rheinland-Pfalz?
3. Wie viele Betriebe sind unter den im Kooperationsmodell teilnehmenden Betrieben, die erstmals ausbilden?
4. Was tut die Landesregierung, um für künftige Ausbildungsjahre Ausbildungsbetrieben die Kooperationsmodelle „schmackhaft“ zu machen?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 4. September 1996 wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 3:

Die nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung zuständigen Stellen der beruflichen Erstausbildung erfassen Ausbildungsverhältnisse, die im Rahmen von Ausbildungsverbänden geschlossen worden sind, nicht gesondert. Der Landesregierung liegen daher keine Informationen über die Zahl von Ausbildungsverhältnissen im Verbundmodell, die Verteilung auf die Kammerbezirke und -zweige sowie die Zahl der erstmals ausbildenden Betriebe vor.

Zu Frage 4:

Die zuständigen Stellen der Berufsausbildung beraten Betriebe, die an der Gründung von und Teilnahme an Ausbildungsverbänden interessiert sind. Die Landesregierung begrüßt diese Informations- und Beratungsarbeit und hat die zuständigen Stellen um Fortsetzung dieser Unterstützung gebeten.

Rainer Brüderle
Staatsminister